

EU-Parlament

Brüssel berechnet Beihilfen für Ostdeutschland neu

von Martin Bohne, MDR-INFO-Korrespondent in Brüssel

Viele klamme ostdeutsche Kommunen sind auf EU-Gelder für Baumaßnahmen, Energiesparvorhaben oder Schulungsmaßnahmen für Arbeitslose angewiesen. Insgesamt rund 15 Milliarden Euro hat Brüssel für den Zeitraum von sieben Jahren bereitgestellt - bis 2013. Derzeit wird ausgehandelt, wie es danach weitergeht. Das Europäische Parlament macht heute den Anfang.



Martin Bohne, MDR-INFO-Korrespondent in Brüssel

Noch geht es nicht um konkrete Summen – die werden irgendwann in einer Nacht der langen Messer zwischen den EU-Regierungschefs ausgehandelt. Aber es geht um das Gerüst, in das die Summen später eingetragen werden. Das Parlament will darüber abstimmen, in welche Förderkategorien die cirka 250 europäischen Regionen künftig eingeteilt werden sollen.

Derzeit gilt: die Regionen, deren Wirtschaftsleistung weniger als drei Viertel des EU-Durchschnitts beträgt, bekommen den höchsten Fördersatz. Dazu zählen bis 2013 noch die meisten ostdeutschen Regionen. Drei Regionen – Leipzig, Halle und Süd-Brandenburg – liegen heute schon über dieser Marke. Sie bekommen aber noch eine beträchtliche Übergangsunterstützung. In Regionen, die schon immer über der 75-Prozent-Marke lagen, ist nur eine punktuelle Förderung vorgesehen.

Krehl unterstützt neue Zwischenkategorie

Die EU-Kommission, die diese Strukturfonds verwaltet, will nun aber ab 2014 eine neue Förderkategorie schaffen. Für Regionen, die zwischen 75 Prozent und 90 Prozent der durchschnittlichen Wirtschaftsleistung liegen. Da würden sich dann auch alle ostdeutschen Bundesländer wiederfinden. Aber halt auch Regionen in Westeuropa, die sich nicht wie die Ostdeutschen langsam nach oben gearbeitet haben, sondern die schon immer relativ strukturschwach waren.

Die Sozialdemokratin Constanze Krehl, die sich seit 20 Jahren im Europaparlament mit Regionalpolitik beschäftigt, findet die Idee gut: "Ich denke, unterm Strich rechnet sich das für alle ostdeutschen Regionen." Die Leipzigerin sorgte auch maßgeblich dafür, dass sich in der vorentscheidenden Abstimmung im Regionalausschuss des Parlaments eine Mehrheit für die neue Zwischenkategorie fand.

Vorbehalte in Thüringen und Sachsen-Anhalt

Die ostdeutschen Landesregierungen sind hingegen nicht begeistert. Sie

Links in MDR.DE

[Ost-Bauern bangen um Fördermillionen](#)

wollen beim bisherigen System bleiben, inklusive eines Sicherheitsnetzes, das dafür sorgt, dass nicht mehr als ein Drittel der jetzigen Fördersumme von rund zweieinhalb Milliarden Euro im Jahr verloren geht. Laut äußerte die Europaministerin Thüringens, Marion Walsmann, ihren Unmut. Es sei ein frommer Wunsch zu glauben, dass Thüringen bei der Einführung einer Zwischenkategorie nicht stärkere Verluste hinnehmen müsse.



Audio: [Streit um EU-Gelder für Ostdeutschland](#)

Horst Schnellhart, Christdemokrat aus Sachsen-Anhalt, sieht das genauso. Schließlich müssten sich ja dann viel mehr Regionen den Kuchen teilen als bisher: "Fast halb Frankreich wird gefördert, Spanien, Portugal, all diese Regionen würden plötzlich Geld bekommen. Wenn diese Zwischenkategorie kommt, dann würden wir weniger Geld bekommen, das ist ganz klar, denn es kann nicht mehr Geld verteilt werden als da ist."

SPD-Frau Krehl lässt sich durch solche Rechnungen nicht beirren: "Ja, ich glaube, Thüringen hat noch nicht wirklich gerechnet und nachgeguckt, wie die Situation ist. Ich glaube, dass rechnet sich auch für Thüringen." Denn in der Zwischenkategorie hätte der Freistaat wie die übrigen ostdeutschen Regionen Anspruch auf eine über sieben Jahre gleichbleibende Förderung. Die alternative Übergangsförderung würde jedoch von Jahr zu Jahr abnehmen.

Schroedter: Keine Mehrheit für Thüringer Sonderwünsche

Die Brandenburger Grüne Elisabeth Schroedter verweist auf die Stimmungslage im Europaparlament, wo wenig Neigung bestehe, den deutschen Sonderwünschen nach einer komfortablen Übergangsförderung und einem Sicherheitsnetz nachzukommen: "Die thüringische Position ist Traamtänzeri. Wir brauchen ja eine Mehrheit im Parlament. Und es werden alle bedürftigen Regionen drin sein und dadurch kriegen wir überhaupt eine Mehrheit für die Zwischenkategorie." Deswegen sei die Zwischenkategorie die einzige Möglichkeit, dass Thüringen auch eine Übergangsregelung bekommt.

Egal wie die Abstimmung im Parlamentsplenum heute Mittag ausgeht – der Streit über Zwischenkategorie oder Sicherheitsnetz wird sich noch lange hinziehen. Im Herbst wird die EU-Kommission einen offiziellen Vorschlag machen, dann müssen sich noch das Parlament und der Rat der Mitgliedsstaaten über die endgültige Ausgestaltung einig werden.

Zuletzt aktualisiert: 23. Juni 2011, 10:56 Uhr